

VR-07 (V-103) Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Auch in den letzten Monaten war das Thema der Migrations- und Asylpolitik im
2 Zentrum der gesellschaftlichen Debatte und Aufmerksamkeit. Nicht erst seit
3 kurzem hat sich und wurde der Wunsch nach Veränderungen tief in breiten Teilen
4 der Gesellschaft verankert. Viele Herausforderungen vor Ort, aber auch eine
5 hektische Debatte und gezielte Stimmungsmache haben zu dieser Entwicklung
6 geführt.

7 Wir werden uns den Herausforderungen, der Angst und den Zweifeln stellen. Angst
8 haben Menschen eben nicht nur, wenn sie aus anderen Ländern kommen und zweifeln,
9 ob sie in Deutschland noch willkommen sind. Es gibt auch viele Menschen, die
10 daran zweifeln, ob "Migration" am Ende nicht auch zu Problemen führt, die sie
11 selbst betreffen werden.

12
13 Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und zerfällt eben nicht nur in
14 Maßnahmen, Zahlen und Wahrheiten, sondern auch in Gefühlen.

15 Allzu oft werden in letzter Zeit politisch Erwartungen geweckt, die Politik gar
16 nicht erfüllen kann. Das Asylrecht kann praktisch nicht einfach abgeschafft
17 werden, ein Aufnahmestopp oder systematische Zurückweisungen sind weder
18 rechtlich noch praktisch in einer Demokratie umsetzbar. Die Debatte darf sich
19 nicht länger in Schlagworten verlieren, wir müssen ins ernsthafte Handeln
20 kommen, um das Asylrecht zu retten. Die Forderungen nach "Begrenzung", "Ordnung"
21 und "Steuerung" sind im Kern die Forderung nach einer Situation, in der die
22 eigenen Möglichkeiten wieder den Herausforderungen entsprechen.

23
24 Damit das gelingt, dürfen wir nicht nur die Vorschläge der anderen zu bewerten.
25 Wir müssen selbst gestalten und einen grünen Weg aufzeigen, der Menschen
26 überzeugt und begeistert. Dafür brauchen wir mehr Mut. Denn die aktuelle
27 Stimmung entstand nicht durch eine grüne Asyl- und Migrationspolitik - im
28 Gegenteil: Seit inzwischen vielen Jahren werden nach immer gleichen Mustern
29 härtere Maßnahmen gefordert und beschlossen, Deals mit zwielichtigen Partnern
30 geschlossen und hunderte Millionen in Grenzanlagen um und in Europa investiert.

31 Das wurde immer wieder mit dem Versprechen verbunden, dass es bald humaner und
32 geordneter zugeht, dass weniger Menschen nach Europa und Deutschland fliehen und
33 dass reale Herausforderungen bei Integration und Unterbringung eher heute als
34 morgen verschwinden. Weder dieses Versprechen, noch die Erwartung dass
35 populistische und rechtsextremistische durch diese Politik geschwächt werden,
36 ist eingetreten. Es gibt auch Erfolge, die wir bereits durchsetzen konnten:
37 beispielsweise bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts oder beim
38 Chancenaufenthaltsrecht. Uns ist bewusst, dass Kompromisse in Koalitionen die
39 Voraussetzung dafür sind, Verantwortung übernehmen und gestalten zu können. Der
40 Migrationsdiskurs ist aber aus einer vernünftigen Bahn geraten, er trägt so zum
41 Aufstieg der Rechtsextremen bei. Wir werden dazu beitragen, dass die

42 Migrationsdebatte zurück
43 zur Vernunft findet.

44

45 Es ist Zeit für eine neue Asyl- und Migrationspolitik, eine die endlich
46 funktioniert, sich Realitäten stellt, die Menschenrechte als Vorteil begreift
47 und die Würde der Menschen in und außerhalb Europas ins Zentrum stellt. Die
48 grüne Migrationspolitik fußt im wesentlichen auf sechs Säulen. Hier soll dieses
49 Fundament dargestellt und mit einigen Vorschlägen unterfüttert werden. Es gäbe
50 in jeder Säule dutzende Vorschläge, die wir bereits beschlossen haben,
51 Haltelinien, die nicht überschritten werden dürfen. Dabei verschleiern lange
52 Forderungslisten aber zum Teil unsere grundsätzliche Ausrichtung und lenken von
53 Wesentlichen ab, weswegen wir hier darauf verzichten:

54

55 **1. Säule: listen to the science**

56 Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole
57 zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf
58 verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei gibt es in unserem Land so viel
59 Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten. Der Bundeskanzler sollte deswegen
60 ein Gremium einsetzen, das mit Experten aus Wissenschaft und Forschung Antworten
61 auf brennende Fragen entwickelt und diese Antworten in den politischen Prozess
62 bringt: Was brauchen Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten?
63 Welche Möglichkeit gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen oder die europäische
64 Verteilung zu verbessern, damit weniger Menschen zu uns fliehen müssen? Woran
65 hakt es bei der Arbeitsaufnahme noch? Welche Fragen bewegen die Menschen gerade
66 am meisten? Andere Fragen sollten ergänzt werden, alles kann auf den Tisch. Aber
67 Politik wird nicht besser, wenn man der Wissenschaft immer schlechter zuhört. Es
68 gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, aber sie sollten von der
69 Politik endlich gehört werden. Deswegen sollten die Regierungsfractionen und die
70 demokratische Opposition zusagen, dass die Vorschläge des Gremiums im
71 parlamentarischen Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende
72 umgesetzt werden, entscheidet natürlich das Parlament. Wir können und sollten in
73 der Politik unterschiedlicher Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die
74 Forderungen sollten endlich wieder evidenzbasiert sein.

75 **2. Säule: internationale Zusammenarbeit**

76 Deutschland und Europa sind auf Migration von außerhalb angewiesen und damit
77 auch auf Migrationspartnerschaften. Ohne maßgebliche Migration würden unsere
78 Sozialsysteme, die Renten, die Gesundheitsversorgung nicht zu erhalten sein.
79 Unsere Art zu leben wäre durch Abschottung in Gefahr. Es ist uns allerdings
80 nicht egal, wie Menschen nach Europa kommen oder wer da kommt. Unwürdige und
81 lebensgefährliche Fluchtrouten müssen schnellstmöglich der Vergangenheit
82 angehören. Krisenprävention, humanitäre Hilfe und beispielsweise Wiederaufbau in
83 Krisenregionen sind ein zentrales Element unserer Migrationspolitik. Allzu oft
84 fängt die politische Konkurrenz erst an, über Themen zu diskutieren und Geld in
85 die Hand zu nehmen, wenn die Krise schon da ist oder Geflüchtete auf

86 Schlauchbooten sitzen. Wir wollen vorher ansetzen. Wir wollen keine Welt, in der
87 Menschen erst nach Europa fliehen müssen, um in Sicherheit zu sein und Hoffnung
88 auf eine bessere Zukunft haben.

89

90 Deswegen treten wir dafür ein, Arbeitsmigration zu vereinfachen,
91 Migrationspartnerschaften auf Augenhöhe zu schließen und Geflüchtete in
92 Krisenregionen besser zu unterstützen.

93 Allzu oft haben wir uns in der Vergangenheit mit geschlossenen
94 "Flüchtlingsdeals" schwer getan - zu Recht. Wir haben viele Deals kritisiert,
95 weil sie Menschenrechte nicht schützen, Parlamente umgehen, weil sie
96 Abhängigkeiten von Diktaturen schaffen oder neue Fluchtursachen erzeugen. Wir
97 haben angemerkt, dass die meisten Deals unerwünschte Nebeneffekte haben, dass
98 sie nicht die versprochene langfristige Lösung sind und hatten fast immer Recht.
99 Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit
100 Ländern wie Tunesien, Libyen oder der Türkei ein. Das Ziel der zukünftigen
101 Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation vor Ort
102 verbessern und geordnete Wege in den Arbeitsmarkt oder zum Asylantrag in Europa
103 gibt. Nur so werden wir die irreguläre Migration nach Europa wirksam und
104 langfristig reduzieren können. Im ersten Schritt sollte es vor allem eine neue
105 ernsthafte Partnerschaft mit der Türkei geben. Das Ziel dieses Abkommens muss
106 sein, dass die mehreren Millionen syrischen und afghanischen Geflüchteten in der
107 Türkei eine bessere Situation haben und dass davon auch die türkische
108 Bevölkerung profitiert. Ein Kern der Vereinbarung könnte eine Visa-
109 Liberalisierung für Kurzzeitvisa sein. Wenn türkische Staatsangehörige ohne
110 Probleme im Schengenraum Urlaub machen oder einen Job suchen könnten, wäre der
111 Freiheitsgewinn enorm. Andererseits wäre Erdogan gezwungen, Rückführungen zu
112 akzeptieren und die Menschenrechtssituation in der Türkei zu verbessern, wenn er die
113 Visaliberalisierung nicht gefährden will. Das könnte er sich innenpolitisch gar
114 nicht erlauben.

115 3. Säule: Europa

116 Nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir die richtigen
117 Antworten auf die Flucht und Migration finden. Unser Leitgedanke bleibt, dass im
118 Mittelpunkt europäischer Politik der Mensch in seiner Würde und Freiheit stehen
119 muss. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Menschen in allen EU-Staaten
120 besser verteilt werden, dass Menschen, die aus guten Gründen nach Europa
121 fliehen, in allen EU-Staaten willkommen sind und eine Perspektive haben. Auch
122 die internationale Zusammenarbeit, Fluchtursachenbekämpfung, Krisenprävention
123 oder humanitäre Hilfe gelingt am besten, wenn sie europäisch organisiert wird.
124 Vor einigen Monaten wurde die Reform des EU-Asylsystems beschlossen. Ob diese
125 Reform etwas verbessern wird, ist nicht ausgemacht, aber es ist möglich. Denn
126 das größte Problem europäischer Asylpolitik ist die fehlende Rechtsdurchsetzung
127 und mangelnde Solidarität zwischen den EU-Staaten im menschenwürdigen Umgang mit
128 Geflüchteten. Wir werden uns weiter für Verbesserungen auf Europäischer Ebene
129 einsetzen, aber die Rechtsakte müssen nun wie jedes Recht umgesetzt werden. Die
130 Reform droht jedoch zu scheitern, schon bevor sie im Juni 2026 in Kraft tritt.
131 Deswegen wollen wir bereits jetzt die Umsetzung beschleunigen und ins Handeln
132 kommen. Schon jetzt sollte von den Außengrenzstaaten eine systematische und
133 rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden eingefordert werden. Im

134 Gegenzug sollte eine Unterstützung bei der Aufnahme von Schutzsuchenden
135 angeboten werden. Nur so, werden wir dauerhaft eine bessere Verteilung in Europa
136 und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen sicherstellen können und
137 Pushbacks verhindern. Da viele Menschen unregistriert und auf unwürdigen Routen
138 sowieso nach Deutschland kommen und trotzdem bereits einige Male mit oder ohne
139 Gewalt an Außengrenzen zurückgewiesen wurden, würden selbst durch eine
140 maßgebliche Zusage der Binnenstaaten bei der Aufnahme unter dem Strich nicht
141 mehr Menschen nach Deutschland, Frankreich oder Österreich kommen.

Deshalb

142 sollte Deutschland eine relevante Zusage zur Aufnahme schon im nächsten Jahr
143 zusagen und andere Staaten zum Mitziehen auffordern. Eine Aufnahmezusage kann
144 beispielsweise daran gekoppelt werden, ob weiterhin unregistrierte Personen an
145 der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen EU-Staaten waren. Für jede
146 unregistrierte Person an der Binnengrenze könnte das Kontingent reduziert
147 werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So könnte schon im
148 nächsten Jahr für eine bessere Verteilung gesorgt und das Chaos an den
149 Außengrenzen beendet werden. Hierfür ist keine weitere Änderung der Rechtslage
150 notwendig.

Damit würde sich auch schnell zeigen, ob der Grundsatz der Reform
151 des GEAS gelingen kann: Mehr Unterstützung für Außengrenzstaaten auf der einen
152 Seite, rechtsstaatliche Kontrolle an den Außengrenzen auf der anderen Seite. So
153 können wir den Binnenmarkt und die Reisefreiheit schützen und dafür sorgen, dass
154 stationäre Kontrollen an deutschen Binnengrenzen endlich wieder in die
155 Geschichtsbücher wandern.

156 **4. Säule: Asyl in Deutschland**

157 Für uns steht fest, dass wir das Asylrecht als große Errungenschaft feiern und
158 als historische Verantwortung verteidigen. Zu den grünen Grundsätzen gehört
159 jedoch auch, dass nach einem erfolgreichen Asylantrag die großen
160 Herausforderungen in unserem Einwanderungsland noch bevorstehen. Es reicht
161 nicht, Menschen Schutz zu bieten, sie sollen auch Teil der Gesellschaft werden
162 und werden können.

163 **5. Säule: Integration und** 164 **Arbeitsmarktintegration in Deutschland**

165 Deutschland ist ein Einwanderungsland und wird und muss es bleiben. Dass die
166 Geschichte des Einwanderungslandes eine Erfolgsgeschichte bleibt, ist eine
167 politische Verantwortung. Die irreguläre Migration macht in Europa weniger als
168 10% der Gesamtmigration aus. Ein Einwanderungsland braucht Migration und
169 Migration braucht die entsprechende dauerhafte Infrastruktur in den Kommunen und
170 den Ländern.

171 Dazu gehören ausreichend Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder und
172 dauerhaften Wohnraum in den Kommunen. Wir sind für Sprachkurse für alle. Der
173 Zugang zu KiTa, Schule und Ausbildung muss durch ausreichend Mittel und Personal
174 sichergestellt sein.

175 Asyl und Integration sind eine Daueraufgabe, die dauerhafte Strukturen braucht.
176 Dabei muss es auch um Resilienz gehen, denn es wird immer wieder Jahre geben in
177 denen mehr Menschen kommen und Jahre, in denen weniger Menschen kommen. Die
178 Strukturen eines Einwanderungslandes müssen für diese Dynamiken gerüstet sein.

179 Mit dem Spurwechsel sind wir hier erste Schritte gegangen. Konkret schlagen wir
180 vor, dass Arbeitsverbote vollständig abgeschafft werden. Außerdem soll im
181 Aufenthaltsrecht verankert werden, dass all jene, die hier arbeiten, eine
182 Ausbildung machen oder studieren und sich nichts zu Schulden kommen lassen
183 haben, hier bleiben dürfen. Das schafft auch den Raum über Rückführungen
184 zielgenau zu reden, damit das nicht die Falschen trifft. Es reicht nicht,
185 Menschen Schutz zu bieten. Sie müssen auch Teil der Gesellschaft werden und
186 werden sollen - bis hin zur Staatsbürgerschaft.

187 **6. Säule: Rechtsstaat durchsetzen, in allen** 188 **Bereichen**

189 Das Asylrecht, die Grund- und Menschenrechte zu verteidigen bedeutet im Kern,
190 geltendes Recht durchzusetzen und Menschen Zugang zu diesem Recht zu
191 ermöglichen. Das gilt an den Außengrenzen, in anderen EU-Staaten, es gilt aber
192 eben auch in Deutschland. Auf europäischer Ebene halten sich verschiedene EU-
193 Mitgliedsstaaten nicht an geltendes EU-Recht. Statt der vorgeschriebenen
194 Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren werden Pushbacks durchgeführt. Statt
195 Asylsuchenden ordentliche Perspektiven zu bieten, sorgen unwürdige Bedingungen
196 dafür, dass Menschen in Länder wie Deutschland, Frankreich oder Österreich
197 weiterziehen müssen. Das darf nicht länger hingenommen werden. Die EU-Kommission
198 unter Ursula von der Leyen ist hier seit Jahren untätig, obwohl sie als Hüterin
199 der Verträge für die Durchsetzung des Rechts verantwortlich ist.

200
201 Vertragsverletzungsverfahren, die zur Sanktionierung vor dem Europäischen
202 Gerichtshof führen würden, werden nicht angestoßen, obwohl Rechtsbrüche
203 offensichtlich sind. Deswegen sollte die Bundesregierung ihre Möglichkeit
204 nutzen, selbst Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten und damit
205 Rechtsdurchsetzung zu ermöglichen. Es kann nicht länger sein, dass es von netten
206 Bitten abhängt, ob Geflüchtete überall in der EU rechtsstaatlich behandelt
207 werden. Das würde dazu beitragen, dass Geflüchtete überall in Europa
208 Perspektiven haben und sich die Verteilung verbessert.

209
210 Autoritäre Ideen von massenhafter „Remigration“ oder systematischer
211 Zurückweisung von Asylsuchenden ohne rechtsstaatliche Verfahren treten wir
212 entschieden entgegen. Sie widersprechen demokratischen und rechtsstaatlichen
213 Grundsätzen.

214 Geltendes Recht umfasst aber eben auch, dass diejenigen, die kein
215 Aufenthaltsrecht haben und die angebotene Chancen für einen Spurwechsel oder
216 andere Möglichkeiten nicht nutzen, unser Land wieder verlassen müssen. Hier
217 stehen wir auch aus ganz praktischen Gründen zur Stärkung der Rückkehrberatung
218 und dem Vorrang der freiwilligen Ausreise.

219 Denn wer ohne eine Perspektive oder Idee der eigenen Zukunft anderswo
220 abgeschoben wird, ist schneller wieder da, als viele denken. Doch besonders bei
221 schweren Straftätern oder religiösen Extremisten muss der Rechtsstaat hart

- 222 durchgreifen. Unser Rechtsstaat muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu
223 verhindern, dass von diesen Menschen weiterhin eine Gefahr ausgeht.

weitere Antragsteller*innen

Katharina Binz (KV Mainz); Aminata Touré (KV Neumünster); Josefine Paul (KV Münster); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Bettina Jarasch (KV Berlin-Pankow); Ursula Nonnemacher (KV Havelland); Doreen Denstädt (KV Erfurt); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Madeleine Henfling (KV Ilm-Kreis); Viola von Cramon (KV Göttingen); Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach); Michael Sebastian Schweiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); sowie 175 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.